

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Siegmar Mosdorf MdL bewertet die Chancen der beiden Bewerber um die Präsidentschaft in den USA: Die neue Sachlichkeit.

Seite 1

Hedda Jungfer MdL diskutiert die Rolle der Koedukation für die Gleichberechtigung: Wird der Auftrag erfüllt?

Seite 4

Dr. Till Bastian fordert mehr öffentlichen Druck, um die Nachrüstung bei nuklearen Kurzstreckenraketen zu verhindern: Der öffentliche Druck muß verstärkt werden.

Seite 6

43. Jahrgang / 155

16. August 1988

Die neue Sachlichkeit

Amerika vor den Präsidentenwahlen

Von Siegmar Mosdorf MdL
Baden-württembergischer SPD-Landesgeschäftsführer

Wenn man in diesem Sommer durch die USA reist, spürt man, dem Land geht es ökonomisch besser als zu Beginn der 80er Jahre. Auch wenn viele soziale Probleme unter der Schaumkrone des Erfolges verborgen bleiben, sind die positiven Wirtschaftsdaten unübersehbar: 5,3 Prozent Arbeitslosigkeit, bei einem ständig wachsenden Arbeitsmarkt, 3,8 Prozent Inflationsrate, bei steigenden Importpreisen und eine Wachstumsrate von nahezu fünf Prozent. Die schlimmen Befürchtungen, die selbst der Gegenkandidat von Reagan bei den republikanischen Vorwahlen 1980, sein heutiger Vize-Präsident George Bush, hatte, als er die Wirtschaftspolitik von Reagan als Voodoo-Economics bezeichnete, sind nicht eingetreten. Trotz dieser positiven Daten gibt es eine deutliche Vorsicht in Bezug auf die zukünftige ökonomische Entwicklung. Diese hängt ganz wesentlich mit der Schuldenexplosion des Landes zusammen.

Fred Borgsten, der Direktor des angesehenen „Institute for International Economics“, hat dieser Tage darauf aufmerksam gemacht, daß die USA noch 1983 größter Kreditgeber der Welt waren und heute größter Schuldner der Welt sind. Das laufende Haushaltsdefizit liegt immer noch bei jährlich über 150 Milliarden Dollar und das Handelsdefizit betrug 1987 160 Milliarden Dollar. Die reichste Nation der Erde hat in den letzten Jahren also deutlich über ihre Verhältnisse gelebt. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der 350-Jahr-Feier der Harvard-Universität diese Tatsache klar formulierte, verfehlte das seine Wirkung nicht: „Ihr gewaltiges Zwillingsdefizit im Staatshaushalt und im Außenhandel belastet sie und uns. Sie produzieren weniger als sie konsumieren. Sie sparen weniger als die meisten anderen Völker; dafür nehmen sie einen ganz überproportionalen Anteil der Weltersparnisse zum Ausgleich ihres Defizits in Anspruch, und dies als reichstes Land der Welt.“

Auch wenn diese Schuldenkrise inzwischen eine Megadimension annimmt, wahlentscheidend bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen dürfte sie nicht werden. Allerdings wird aus dem Lager der Republikaner schon augenzwinkernd argumentiert: Nach

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügt über
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



einer so teuren Präsidentschaft brauchen wir jetzt erst einmal eine Konsolidierungspräsidentschaft. Das bisher Erreichte konsolidieren, das ist die Politik, für die der Republikaner George Bush steht.

Bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen stehen sich George Bush und Michael Dukakis gegenüber. Und vieles im jetzt langsam beginnenden Wahlkampf erinnert an 1960: Damals konnte ein populärer Präsident, Dwight Eisenhower, nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren - so wie Reagan heute; damals schickte die regierende republikanische Partei ihren Vizepräsidenten Richard Nixon in den Präsidentschaftswahlkampf - so wie heute Bush; damals kandidierte für die Demokraten ein junger, teilweise noch unbekannter Mann aus Massachusetts, John F. Kennedy - so wie Dukakis heute. Die Demokraten stellten damals dem liberalen Kennedy einen konservativen Südstaaten-Demokraten Johnson zur Seite - so wie heute der Senator Lloyd Bentsen. Damals proklamierte der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow Reformabsichten für die Weltmacht Sowjetunion so wie Gorbatschow heute. Damals stand der demokratische Kandidat Kennedy für „New Frontier“ (Neue Ziele) und der Republikaner Richard Nixon für „Keine Experimente“, so wie Dukakis heute für den „Sicheren Wandel“ und Bush für Kontinuität steht.

Die Parallelen sind unübersehbar. Nach der Rückgewinnung des nach Vietnam und Wagergate und einer unsicheren Präsidentschaft von Jimmy Carter angeschlagenen amerikanischen Selbstbewußtseins, nach dem großen ideologischen Streit der 80er Jahre zwischen den wirtschaftsfreundlichen Republikanern und den die Unterschichten und Randgruppen repräsentierenden Demokraten, steht der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf unter anderen Vorzeichen. Konkrete Themen rücken in den Mittelpunkt. Das sind in der Innenpolitik vor allem die Erziehungs- und Bildungspolitik (in den USA gibt es keine Berufsausbildung und erhebliche Probleme im Schulsystem, vor allem in den Großstädten), die sich zuspitzende Drogenproblematik (in den USA werden jährlich über 100 Milliarden Dollar für den Drogenkonsum ausgegeben), die Gesundheitspolitik (in den USA sind 40 Millionen Menschen nicht krankenversichert), die Familienpolitik (in den USA nimmt die Armut besonders bei unverheirateten Frauen mit Kindern, bei Jugendlichen und Älteren zu), die Wohnungsbaupolitik (in den großen amerikanischen Städten gibt es tausende von obdachlosen Wohnungssuchenden), die schwierige Lage der Landwirtschaft in Verbindung mit Umweltkrisen (in den USA wird die anhaltende Dürre mehr und mehr auf den klimatischen Treibhauseffekt zurückgeführt). In der Außenpolitik sind das vor allem die Themen, die sich mit der amerikanischen Rolle in der Weltpolitik angesichts einer zurückgenommenen Rolle der USA in der Weltpolitik mehr und mehr Gehör. Das wird sich auch auf das amerikanische Engagement in Europa auswirken: Das wirtschaftliche Engagement wird mit Blick auf die EG-Harmonisierung 1992 eher zunehmen, das militärische bei parallelen Prozessen der Sowjetunion in der DDR, Polen, CSSR und Ungarn eher abnehmen. Eine solche differenzierte Entwicklung im weltpolitischen Engagement der Amerikaner hält auch der Demokrat Joseph Nye, der an der Kennedy-School in Boston lehrt und als Sicherheitsberater in einer Administration Dukakis vorgesehen ist, für sehr wahrscheinlich.

Zentralamerika bleibt ein die amerikanische Innenpolitik beschäftigender Faktor, weil die Amerikaner genau beobachten, was in ihrem „Vorhof“ passiert. Lateinamerika wird insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen in Bedeutung gewinnen. Nahost bleibt ein einflußreicher Krisenherd. Mehr und mehr Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung erhält der pazifische Raum und Fernost. Japan ist zu einer wirtschaftlichen Weltmacht geworden und die ehemaligen Schwellenländer Korea, Philippinen, Indonesien und Malaysia sind deshalb eine harte Konkurrenz, weil ihre Wirtschaft auf der Dollar-Basis arbeitet und die USA deshalb ihre Wettbewerbsposition gegenüber diesen Ländern nicht durch eine einfache Währungsmanipulation verändern können.

In der Außenpolitik gibt es zwischen George Bush und Michael Dukakis nur in der Politik gegenüber Zentralamerika und Südafrika sowie bei der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Unterschiede. Michael Dukakis hat SDI eine CDI-Konzeption (eine konventionelle Verteidigungsinitiative) gegenübergestellt. Allerdings dürfte die Außenpolitik insgesamt für den Wahlausgang nicht maßgeblich sein.

Entscheidend für den Wahlausgang im November werden die innenpolitischen Themen und vor allem die Persönlichkeiten sein. Die Demokraten haben mit Michael Dukakis seit vielen Jahren wieder einen Kandidaten, der für Kompetenz und Modernität steht. Als Gouverneur von Massachusetts ist er ein Symbol für wirtschaftlichen, wissenschaftlichen od sozialen Wiederaufstieg der Neu-England-Staaten in den letzten Jahren. Massachusetts hat die geringste Arbeitslosigkeit in den USA und hat in der Umwelt- und Sozialpolitik eine besondere Vorreiterrolle übernommen. Zugleich ist die Kriminalitätsrate zurückgegangen. Dukakis kann die Wahl gegen eine eher blasse Kopie von Reagan jedoch nur gewinnen, wenn er die Wahlenthaltung der Unterschichten aufbricht, dazu wird Jesse Jackson, der es geschafft hat, daß sich fast sieben Millionen amerikanische Wähler in den Vorwahlen registrieren ließen, was in den USA eine Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist, einen wichtigen Beitrag leisten. Entscheidend für den Wahlausgang dürfte aber sein, ob die Demokraten die Südstaaten wiedergewinnen können. Die Wahl von Lloyd Bentsen, dem streng konservativen demokratischen Senator aus Texas, könnte dann ein Schlüssel sein. Bentsen hatte 1970 Bush bei einer Senatorwahl in Texas geschlagen. Und mit diesem Mythos wollen die Demokraten jetzt in die Präsidentenwahlen gehen.

Die Umfragen geben Dukakis einen Vorsprung vor Bush, aber das Wahlsystem und die Popularität der Reagan-Politik stehen auf der Seite von Bush. Interessant ist jedoch, daß neun von zehn Demokraten, die letztes Mal Reagan gewählt haben, jetzt für Dukakis sind. Und 1984 haben sich immerhin 36 Prozent der langjährigen Demokaten-Wähler für Reagan entschieden. So sehr für die amerikanischen Präsidentenwahlen die Persönlichkeiten und die Philosophie eines Wahlkampfes wichtig sind: Diesmal entscheidet weniger das Charisma, weniger die Ideologie, weniger die Show, sondern vielmehr die Kompetenz. Nach den fundamentalischen Schlachten von gestern macht sich heute eine neue Sachlichkeit breit. Es scheint sich langsam eine Mehrheit für die Themen herauszubilden: Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen eintreten. 53 Prozent der Amerikaner sind für einen neuen politischen Ansatz, 36 Prozent wollen die Politik der Reagan-Ära fortsetzen. Weil die amerikanische Präsidentenwahl auch erhebliche Rückwirkungen auf das politische Klima in der Bundesrepublik und Europa hat, darf man gespannt sein auf den Ausgang der Wahlen. Der Ausgang ist schwer zu prognostizieren. Aber eines scheint festzustehen: Diesmal wird as Ergebnis nicht schon feststehen, bevor an der Westküste (mit drei Stunden Zeitverschiebung) die Wahllokale geschlossen werden, wie das 1984 der Fall war. Diesmal wird es einen knappen Ausgang geben.

(-/16.8.1988/vo-he/st)

* * *

Wird der Auftrag erfüllt?

Mädchen wie Buben für eine Gesellschaft der Gleichen erziehen

Von Hedda Jungfer MdL
Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

I. Gleichberechtigung durch Koedukation?

Der Kampf um die Koedukation und endlich ihre allgemeine Einführung war die zweite Phase auf dem mühsamen Weg, Mädchen und jungen Frauen gleiche Bildungschancen einzuräumen, wie dem männlichen Geschlecht.

Die Überzeugung, daß Mädchen wie Buben Gleiches lernen, wenn sie in denselben Klassenzimmern von denselben LehrerInnen mit denselben Büchern unterrichtet werden, liegt nahe. Das bedeutete, daß die Koedukation selbst - als schulorganisatorische Maßnahmen - alle Bedingungen für Gleichberechtigung erfüllte, und man sich unter diesem Gesichtspunkt um die Inhalte und Formen nicht mehr zu kümmern brauchte.

Diese Überzeugung wurde nachhaltig erschüttert durch die Ergebnisse der Frauenforschung zur Thematik Schule. Im letzten Jahrzehnt wurde dazu eine Fülle beeindruckender und erschreckender Ergebnisse vorgelegt. Diese Punkte, auf die ich dann im Einzelnen eingehe, sind Ursache dafür, daß Mädchen, trotz mittlerweile erreichter gleicher Teilhabe an weiterführenden Bildungseinrichtungen - bei guten schulischen Erfolgen

- sich nach wie vor auf ein sehr eingeschränktes Spektrum in der Berufswahl konzentrieren: zwei Drittel von ihnen wollen in nur 15 Berufe von über 400;
- sich in der Schule ihre mathematischen und naturwissenschaftlichen Neigungen „abgewöhnen“ lassen - trotz oft hervorragender Begabungen: 50 Prozent der (wenigen) Ingenieurstudentinnen besuchten zuvor eines der kaum noch vorhandenen Mädchengymnasien;
- sich bei Wahl-Computerkursen von den jüngeren Männern schnell abdrängen lassen - gar nicht erst mitmachen oder „zuarbeiten“ und die jungen Männer beim Verlassen der Schule davon ausgehen,
- daß sie für Familienarbeit, Haushalt und Kindererziehung keine Verantwortung tragen, allenfalls „helfen“.

Die Erkenntnisse, daß Schule in vielen Bereichen überholte Geschlechterstereotype nicht nur nicht aufrichtet, sondern selbst prägt, hat dazu geführt, daß das System der Koedukation selbst erneut infrage gestellt wird, nun auch von engagierten Feministinnen.

Dieses Infragestellen der Koedukation ist jedoch genau so kurzschlüssig, wie diejenige: Koedukation = Gleichberechtigung; die Aufhebung der Koedukation würde kein einziges der Gleichberechtigungs-Defizite unserer Schule beseitigen, aber erhebliche Gefahr neuer Diskriminierung mit sich bringen.

Koedukation bedeutet nicht automatisch Erziehung für eine Gesellschaft der Gleichen. Sie ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

II. Die Mängel unserer Schule

1. Die Anteile der Frauen an unserer gemeinsamen Kultur werden systematisch minimalisiert und verdrängt.

Insbesondere der mühevollen Kampf, solche Beiträge überhaupt einbringen zu können, wird weitgehend unterschlagen. So können sich dümmliche Vorurteile, alle wesentlichen Kulturleistungen seien nun mal von Männern erbracht, immer wieder fortpflanzen.

Um das zu ändern, ist notwendig, die Lehrpläne, Lernziele und Unterrichtsinhalte zu verändern. Das müssen Mädchen wie Buben künftig richtiger, das heißt ohne männliche Verzerrung, lernen. Eine Trennung der Geschlechter im Unterricht verändert hingegen nichts.

2. Das Frauen- und Männerbild unserer Schulbücher ist sexistisch

Mittlerweile ist es fast unerträglich, welch ein überholtes Frauen- und Männerbild durch unsere Schulbücher und Unterrichtsmaterialien transportiert wird. Seit 20 Jahren wird dies kritisiert, in zahllosen Analysen belegt, und doch gehen die Veränderungen unendlich langsam. Nach wie vor sind Frauen noch immer fast allein für Haushalt und Kinder zuständig; sind Männer diejenigen, die Berufswelt, Abenteuer, Wissenschaft und Kunst repräsentieren.

Wenn Kultusminister Zehetmeier nunmehr die Öffentlichkeit auffordert, ihm doch Beispiele zu nennen, die einseitige Rollenbilder vermitteln - wie jetzt geschehen - so ist das zwar ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen vehementen Abblocken - aber ein Armutszeugnis für das Kultusministerium.

Auch dieses Defizit der Schule ist nicht dadurch zu beheben, daß Buben und Mädchen wieder getrennt werden, sondern durch Überarbeiten der Schulbücher.

3. Mädchen werden in der Schule anders behandelt als Buben

Mädchen erfahren im schulischen Alltag weniger Aufmerksamkeit als Buben. Sie müssen sich häufiger melden, um aufgerufen zu werden. LehrerInnen sprechen sie seltener an, ermahnen und loben sie seltener als Buben. Mädchen verhalten sich kooperativer, Buben störender - und von beiden wird das so erwartet und hingenommen. Dieses Verhalten ist im naturwissenschaftlichen Unterricht ausgeprägter als in Sprachen und musischen Fächern und wird von Lehrern ausgeprägter praktiziert als von Lehrerinnen. Niemand diskriminiert dabei bewußt, und dennoch dürfte es ein durchgängiges Phänomen in allen Schulen sein.

Hier ist die Frage der Abhilfe nicht so leicht. Unbewußt diskriminierendes Verhalten muß zunächst bewußt werden, um zu ändern. Darauf muß in der LehrerInnenbildung eingegangen werden, aber selbstverständlich auch in der Klassendiskussion. In diesem Zusammenhang kann auch - über Phasen - getrennter Unterricht von Buben und Mädchen sinnvoll sein, um Abläufe besser deutlich zu machen. Zumindest sollte die Schulforschung alle Ansätze prüfen, wie dieses Rollenverhalten bewußt gemacht und aufgebrochen werden kann.

Aber: unter dem Gesichtspunkt „demokratische Erziehung für eine Gesellschaft der Gleichen“: Sind da wirklich Defizite bei den Mädchen abzubauen, nicht viel eher bei den Buben? Was würde es nützen, die Mädchen noch eine gewisse Zeit „zu schützen“ (durch Trennung), wenn wir das Macho-Gehabe der Buben nicht ändern?

III. Lernziel Gleichberechtigung in der koedukativen Schule

Es ist gut, daß nun die öffentliche Diskussion geführt wird. Die SPD-Fraktion hat zu diesem Thema bereits einen wesentlichen Beitrag geleistet, der unsere Position ausführlich deutlich macht.

Im Frühjahr 1988 haben die SPD-Landtagsfraktion und die Gesellschaft für Politische Bildung zum Thema „Lernziel: Gleichberechtigung“ eine schulpolitische Fachtagung für und mit Expertinnen durchgeführt, deren wesentliche Inhalte und Ergebnisse wir heute als Broschüre vorlegen können. Das auf der Tagung erarbeitete „Würzburger 10-Punkte-Programm“ zur Gleichberechtigung in der Schule finden sich darin ebenso wie die Anträge, die meine Fraktion dann im April dazu in die parlamentarischen Beratungen des Landtags eingebracht hat.

Wir SozialdemokratInnen hoffen, damit einen Beitrag zu leisten, daß die dringend notwendigen Reformen in Bayern ein wenig schneller eingeleitet werden und sich die Überlegungen dabei nicht in falsche Richtungen verirren.

So lobenswert es ist, daß sich das Kultusministerium nun in einer Arbeitsgruppe darüber Gedanken macht, ob die koedukative Schule Mädchen Nachteile bringt. Die gestellte Aufgabe jedoch lautet: Wie schaffen wir es, daß die jungen Frauen und Männer ein bißchen besser gerüstet sind für eine Gesellschaft der Gleichen, wenn sie unsere Schule verlassen. (-/15.8.1988/vo-he/st)

Der öffentliche Druck muß verstärkt werden

Nachrüstung bei den Kurzstreckenraketen nimmt konkrete Formen an!

Von Dr. med. Till Bastian

Mitglied der Arbeitsgruppe „Friedenspolitische Aktivitäten“ beim SPD-Parteivorstand

Am 15. August meldete es „Der Spiegel“: Noch im Jahre 1988 steht eine Entscheidung über die Nachrüstung bei den Kurzstreckenraketen an, für deren Reichweite der INF-Vertrag bekanntlich eine Grenze bei 500 Kilometern ansetzt.

Nato-Oberbefehlshaber General Galvin - der schon im Januar 1988, kurz nach der Unterzeichnung des INF-Vertrages, für eine solche neue Waffe entschieden eingetreten war - hatte in der Woche zuvor auf diesen neuen Rüstungsschub eingestimmt: Die rund 4.600 noch in der Bundesrepublik lagernden Atomwaffen (rund zehn Prozent des weltweiten Vernichtungsarsenals) könnten nicht nur um jene 364 Sprengköpfe vermindert werden, die nach dem INF-Vertrag ohnehin abzuziehen sind - auch eine weitere Verminderung der Atomwaffendichte in der Bundesrepublik Deutschland sei möglich, wenn - ja wenn! - die „Modernisierung“ der Kurzstreckenwaffen beschlossen, das heißt in diesem Bereich eine neue Runde des Wettrüstens eingeläutet wird (siehe hierzu auch meinen Artikel im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 31. Mai und vom 28. Juni dieses Jahres!).

Während die Bundesregierung in dieser Frage auf Zeit spielt (angeblich „kein Handlungsbedarf“, denn 1990 ist Bundestagswahl...), Minister Scholz aber bei seinem USA-Besuch im Juni der „Modernisierung“, das heißt der Stationierung einer völlig neuen Waffengeneration, dem Anschein nach bereits zugestimmt hat (die Kurzstreckenwaffen stünden „nicht zur Disposition“, sagte er damals - Süddeutsche Zeitung vom 22. Juni 1988), hat der Wehrexperte des Zentralkomitees der KPdSU, General Batjentin, den bevorstehenden Aufrüstungsschritt „bedauert“: Dieser könne sich, so Batjentin, „als Schritt auf dem Weg zu einer Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens in Europa erweisen“. Die UdSSR, so der Experte, trete nach wie vor für die „dritte Null-Lösung“ im Kurzstreckenbereich ein (Süddeutsche Zeitung vom 9. August 1988). Die Sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage eine klare Position: In einem vom Parteivorstand am 30. Juni 1988 einmütig verabschiedeten Leit-antrag für den Parteitag in Münster Ende August heißt es:

„Die SPD lehnt die sogenannte Modernisierung vorhandener und jede Neusrüstung mit Atomraketen als Ersatz der Lance-Raketen sowie Marschflugkörper und Raketen, die militärische Optionen, die durch das Mittelstreckenabkommen entfallen, ab.“

Dies ist erfreulich eindeutig. Es besteht kaum Zweifel daran, daß der Parteitag diesem Antrag folgen wird. Damit ist eine Position markiert, aber politisch noch kein Erfolg erreicht. Um das Nein zur neuen Nachrüstung durchsetzen zu können, um positiv zur Dritten Null-Lösung auch bei den Kurzstreckenwaffen zu gelangen, bedarf es öffentlichen Drucks. (-/16.8.1988/vo-he/st)